



GEFÄNGNISSE IN EUROPA: AKTUELLES ÜBER NATIONALE GESETZGEBUNG

NOVEMBER 2022

*Nationale Rechtsprechung, Gesetzgebung und Entwicklungen in der Exekutive zu Fragen des Strafvollzugs zu verfolgen, kann für Rechtsexpert:innen in ganz Europa eine Herausforderung sein. Mit diesem Newsletter möchten das **European Prison Litigation Network, seine Mitglieder und Partner in ganz Europa**, nationale Anwäl:t:innen und zivilgesellschaftliche Organisationen in ganz Europa über die wichtigsten rechtlichen Entwicklungen im Bereich des Strafvollzugs informieren. Wir hoffen, dass Sie dadurch in der Lage sind, europäische Trends besser zu erkennen und sie dann in Ihrer Rechtspraxis zu nutzen. Der Newsletter deckt **14 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union** sowie **Russland, Moldau, die Ukraine und Georgien** ab.*

Bitte zögern Sie nicht, uns mitzuteilen, wie wir diesen Newsletter für Sie noch nützlicher gestalten können.

ÜBERBLICK ZU NEUIGKEITEN IM BEREICH DES STRAFVOLLZUGS

APRIL-JULI 2022

EUROPARAT ■ Das **russische** Parlament hat ein Gesetz verabschiedet, das es den russischen Behörden erlaubt, Urteile des EGMR, die nach dem 15. März 2022 rechtskräftig wurden, nicht zu vollstrecken.

ENTSCHÄDIGUNGSLEISTUNGEN ■ In **Belgien** wurde in einem ungewöhnlichen Fall einem Gefangenen, der in Abwesenheit seines Anwalts rechtswidrig vernommen wurde, als Entschädigung ein Erdbeerkuchen geschenkt. Dies [verdeutlicht die Unzulänglichkeiten der bestehenden Entschädigungsregelung für Strafgefangene in diesem Land](#). In **Bulgarien** berechnete ein Gericht die Entschädigung für den immateriellen Schaden eines Gefangenen, der unter "unmenschlichen und erniedrigenden" Bedingungen inhaftiert war (Überbelegung, schlechte Hygiene, unzureichende Beleuchtung, unzureichende medizinische Versorgung usw.), [auf Grundlage der Höhe der Sozialhilfe für mittellose Personen](#).

COVID-19 ■ In **Georgien** wurde ein System der Strafminderung eingeführt, um die Gefangenen für die während der COVID-19-Pandemie auferlegten Einschränkungen zu entschädigen. In **Ungarn** wurden die Besuche in den Haftanstalten wieder zugelassen, können aber nur bei vollständiger räumlicher Trennung stattfinden. In **Portugal** hat ein Gericht [entschieden, dass die im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie eingeführten vorübergehenden Maßnahmen nur für Haftstrafen gelten](#) und nicht im Falle von Hausarrest.

HAFTBEDINGUNGEN ■ In **Ungarn** stellte ein Gericht im Fall eines Gefangenen, der 32-mal unter unzureichenden Bedingungen (keine Toilette, Handschellen, kein Sicherheitsgurt) von einem Gefängnis in ein anderes transportiert wurde, keine Grundrechtsverletzung fest. Ebenfalls in **Ungarn** entschied ein Gericht, dass es eine Verletzung des Rechts auf Leben und Gesundheit darstellt, wenn ein nicht rauchender Gefangener gezwungen wird, gemeinsam mit rauchenden Gefangenen im Hof zu warten, weil es nicht genügend Gefängniswärter gibt. Das **russische** Justizministerium hat eine [neue Verordnung zur Verbesserung der Normen zu Haftbedingungen](#) erlassen. In **Griechenland** werden die Bedingungen für die Verlegung von Gefangenen in "Agrarbetriebsgefängnisse" (Gefangenenlager) mit niedriger Sicherheitsstufe durch neue Rechtsvorschriften geändert, wobei sowohl die Bedingungen für die Verlegung vereinfacht als auch die Zahl der Straftaten, die einen Ausschlussgrund für diese Maßnahme darstellen, erhöht werden. In **Belgien** kündigte der Generaldirektor der Strafvollzugsverwaltung die Schließung einer der beiden bestehenden "Übergangsanstalten" (kleine Gefängnisse) im Land an, nachdem sich das private Unternehmen, das es betreiben sollte, zurückgezogen hatte. Ebenfalls in **Belgien** kündigte der Justizminister die bevorstehende Eröffnung von Haftanstalten für den Vollzug von kurzen Haftstrafen an.

BILDUNG ■ In **Georgien** ermöglicht ein neues Memorandum zwischen dem Justiz- und dem Bildungsministerium den Gefangenen, über ein E-Learning-System ein Hochschulstudium zu absolvieren. Das **portugiesische** Justizministerium erklärte kürzlich, es plane [bis Ende 2022 Ausbildungskurse für 35 % der Gefängnisinsass:innen anzubieten](#).

ERNÄHRUNG ■ Ein **österreichisches** Gericht spezifizierte [Regeln für die Verpflegung von Gefangenen](#). In der **Ukraine** wurde kürzlich ein [Gesetz über das Verfahren im Falle einer Zwangsernährung](#) verabschiedet.

MEINUNGSÄUSSERUNGSFREIHEIT ■ Das **deutsche Bundesverfassungsgericht** entschied, dass die Gefängnisverwaltung die Meinungsäußerungsfreiheit eines Gefangenen verletzt hat, indem sie die Bitte eines Journalisten um ein Interview ablehnte.

GESUNDHEIT ■ In **Bulgarien** sprachen die Gerichte in zwei verschiedenen Fällen einem Gefangenen eine Entschädigung zu: [einem Gefangenen, der sich im Gefängnis mit Tuberkulose angesteckt hatte](#) und [einem Gefangenen, der nicht regelmäßig Insulin erhalten hatte und nicht zu Kontrolluntersuchungen in externe medizinische Einrichtungen geschickt wurde](#). Das **russische Verfassungsgericht** entschied, dass Untersuchungsgefangenen das Recht haben, sofortige Rechtsmittel gegen die Ablehnung von Anträge auf Untersuchung durch medizinische Sachverständige einzulegen, um festzustellen, ob ihr Gesundheitszustand mit der Untersuchungshaft vereinbar ist. Ebenfalls in **Russland** lehnte der Oberste Gerichtshof den Antrag einer medizinischen Einrichtung eines Gefängnisses ab, die Vollstreckung eines Urteils zu unterbrechen, um den Gefangenen mit einer Zahnprothese zu versorgen, nachdem dieser in eine andere Region verlegt worden war. Der **belgische Generaldirektor des Strafvollzugs** kündigte die Verteilung von kostenlosen Damenbinden an alle weiblichen Gefangenen an. Ein Gefängnis in **Portugal** organisierte seine [erste virtuelle Visite \(„Televisite“\) mit einem Krankenhaus](#). In **Spanien** [entschieden Gerichte zum ersten Mal über einen Fall von Euthanasie in Gefängnissen](#).

IT ■ In **Spanien** hat die Regierung einen Erlass verabschiedet, der einen Rechtsrahmen für den Einsatz von Informationstechnologien im Strafvollzug schafft.

RECHTSSCHUTZ & VERTRETUNG ■ Ein **bulgarisches Gericht** [wies die Berufung des Nationalen Rechtshilfebüros zurück, das mit der Zuerkennung eines Honorars an einen Anwalt, der einen Gefangenen vertrat, nicht einverstanden war.](#) In der **Ukraine** wurde den Vertreter:innen von Gefangenen vor dem Internationalen Strafgerichtshof durch Gesetzesänderungen die Möglichkeit eingeräumt, Gefangene zu besuchen und Rechtsberatung zu leisten. Der Oberste Gerichtshof **Russlands** erweiterte die Möglichkeit für Untersuchungsgefangene, eine Vollmacht zu erteilen. In **Deutschland** entschied das Bundesverfassungsgericht, dass das verfassungsmäßige Recht eines Gefangenen auf einen wirksamen Rechtsbehelf verletzt worden war, weil ein Gericht seinen Antrag in einem Eilverfahren betreffend den Ausfall der Notrufanlage nicht unverzüglich bearbeitet hatte.

LGBTIQ ■ Die **portugiesische** Generaldirektion für Wiedereingliederung und Strafvollzug hat [neue Regeln zum Schutz der Rechte von Transgender-Personen im Gefängnis verabschiedet.](#)

LEBENSLANGE HAFTSTRAFEN ■ In **Polen** möchte das Justizministerium lebenslange Haftstrafen ohne Bewährung für eine Reihe von Straftaten einführen.

ÜBERWACHUNG ■ Der Status des **ungarischen** Nationalen Präventionsmechanismus wurde durch die Global Alliance of Nation Human Rights Institutions (GANHRI) [wegen mangelnder Unabhängigkeit herabgestuft.](#) In **Belgien** hat die Gefängnisverwaltung ein internes Memo herausgegeben, in dem die Gefängnisdirektor:innen aufgefordert werden, schwerwiegende Vorfälle systematisch den Überwachungskommissionen zu melden. In **Frankreich** besuchte der Präsident der Anwaltskammer Toulouse ein Gefängnis und bewertete die Umsetzung einer von einem Gericht erlassenen einstweiligen Verfügung betreffend ua Hygienestandards sowie Gewalt

PRÄVENTIVHAFT ■ Die **polnische Regierung** kündigte eine Reihe von Gesetzesänderungen zu Sicherungsverwahrungsanstalten an, in denen Personen mit psychischen Störungen, die als gefährlich gelten, nach Verbüßung einer Haftstrafe untergebracht werden.

STRAFVOLLZUGSRECHT ■ In **Frankreich** ist ein [Strafvollzugsgesetzbuch, das alle gesetzlichen Bestimmungen für den Strafvollzug enthält,](#) in Kraft getreten.

GEFÄNGNISPERSONAL ■ Strafvollzugsbeamte eines **österreichischen** Gefängnisses teilten in einem offiziellen Schreiben an den Direktor des Gefängnisses mit, sie hätten die "Kontrolle" über die Einrichtung verloren und litten unter vielen schwerwiegenden Managementproblemen.

GEFÄNGNISSTATISTIK ■ Die **litauische** Regierung hat [den Bau eines neuen Gefängnisses genehmigt,](#) der erste seit der Wiedererlangung der Unabhängigkeit des Landes. Dabei ist mehr persönlicher Raum pro Insasse:in vorgesehen. Der **portugiesische** Justizminister hat [die Schaffung von Platz für 600 neue Gefangene angekündigt.](#) In **Ungarn** ist die Zahl der Untersuchungsgefangenen zwischen 2020 und 2021 um 25 % gestiegen, wie aus einer neuen Statistik der Regierung hervorgeht. Die von der **moldauischen** Regierung vorgelegten Daten zeigen, dass [mehr als die Hälfte der Gefängnisse nach wie vor überbelegt](#) ist. Ebenfalls in der **Republik Moldau** wurde durch einen Erlass des Justizministeriums [die offizielle Kapazität der Strafvollzugsanstalten erhöht, was zu einer Minimierung des persönlichen Raums pro Gefangenenem führt.](#) Ebenfalls in **Moldau:** Die Behörden [haben von dem im Jahr 2021 verabschiedeten Amnestiegesetz nur in begrenztem Umfang Gebrauch gemacht](#) u.a. um die Überbelegung der Gefängnisse zu verringern, wie aus den jüngsten Statistiken hervorgeht.

GEFÄNGNISSE IN KRIEGSZEITEN ■ Nach verschiedenen Medien- und NGO-Berichten hat das **russische** private Militärunternehmen Wagner [aktiv Gefangen aus zahlreichen russischen Strafkolonien für die Teilnahme an ihren militärischen Operationen in der Ukraine rekrutiert](#). In der **Ukraine** regelt ein [neues Gesetz die Freilassung von Kriegsverbrechern und -gefangenen für zukünftigen Gefangenaustausch](#).

PRIVAT- UND FAMILIENLEBEN ■ Der Oberste Gerichtshof **Russlands** hat die Liste der Institutionen erweitert, mit denen ein Gefangener in völliger Vertraulichkeit korrespondieren kann. Der **ungarische** Oberste Gerichtshof entschied, dass die Unterbringung eines Gefangenen in mehr als 200 km Entfernung von seinen Verwandten nicht gegen seine Rechte verstößt. Durch eine Reihe von Änderungen des **litauischen** Strafvollzugsgesetzes wird die Zahl der Besuche und Telefonate, auf die Gefangene Anspruch haben, erhöht (die Reform bringt auch erhebliche Änderungen in den Bereichen Arbeit, Haftbedingungen und elektronische Überwachung mit sich). Ein **österreichisches** Gericht lehnte den Antrag eines Gefangenen ab, der die Genehmigung zum Kauf eines Laptops mit dem Geld, das er im Gefängnis verdient hatte, beantragte, und hielt das angegebene Ziel dieses Kaufs ("Bildung") für "unspezifisch". In **Deutschland** entschied das Bundesverfassungsgericht, dass die Gefängnisverwaltung das Recht des Gefangenen auf Privatsphäre verletzte, indem sie einen Gefangenen stichprobenartigen, überwachten Urinkontrollen unterzog, die in Anwesenheit von Gefängnispersonal stattfanden. Das **polnische** Verfassungsgericht entschied, dass ein Gesetz, das einem Familienmitglied eines Gefangenen das Recht verwehrt, gegen die Weigerung der Staatsanwaltschaft, dem Gefangenen die telefonische Kontaktaufnahme mit dem Familienmitglied zu gestatten, Beschwerde einzulegen, verfassungsgemäß ist. In einem [Ersuchen um Vorabentscheidung an den EuGH](#) fragte der Oberste Gerichtshof **Italiens**, ob die Auslieferung einer Mutter, die mit minderjährigen Kindern zusammenlebt, mit den europäischen Menschenrechtsvorschriften vereinbar ist.

RELIGION ■ Das **österreichische** Parlament hat eine [Entschießung zur Erhöhung der Mittel für Seelsorge und religiöse Dienste in Gefängnissen](#) verabschiedet.

SICHERHEIT ■ In Nordrhein-Westfalen, **Deutschland**, wird mit dem neuen Strafvollzugsgesetz das Sicherheitsziel des Strafvollzugs gestärkt und eine stärkere Abweichung vom Grundsatz der Einzelunterbringung ermöglicht. In **Spanien** wurde eine neue Anweisung des Generalsekretariats der Strafvollzugsbehörde verabschiedet, die [neue Bereiche der Justizvollzugsanstalten auflistet, in denen Überwachungskameras installiert werden sollen, und die Bedingungen für den Zugriff auf die Aufzeichnungen festlegt](#).

In **Belgien** ist eine Reform in Kraft getreten, durch die die Zuständigkeit für die Entscheidung über eine Strafanpassung für alle Kategorien von Gefangenen den Vollstreckungsgerichten übertragen wurde. Ebenfalls in **Belgien**: Ein neues [Gesetz ermöglicht die vorzeitige Entlassung von Gefangenen sechs Monate vor Ablauf ihrer Strafe](#). Der Nationale Gerichtshof **Spaniens** (Audiencia Nacional) entschied, dass bei der Prüfung der Gewährung eines Haftausgangs für Gefangene, die wegen terroristischer Straftaten verurteilt wurden, [positive Indikatoren für gutes Verhalten und Wiedereingliederung Vorrang vor dem Erfordernis haben, die Opfer ausdrücklich um Vergebung zu bitten](#). In **Italien** entschied ein Gericht, dass ein wegen schwerer Korruption verurteilter Beamter, dessen Zusammenarbeit mit der Justiz vom Richter als mildernder Umstand für die Straftat anerkannt worden war, unmittelbar nach dem Prozess alternative Formen der Bestrafung als die Inhaftierung beantragen kann, ohne sich der Prüfung durch die magistratura di sorveglianza (Überwachungsjustiz) unterziehen zu müssen. In der **Tschechischen Republik** erinnerte das Verfassungsgericht daran, dass keine Gefangenenkategorie von der Möglichkeit der Bewährung ausgeschlossen werden sollte, und legte Kriterien fest, welche die ordentlichen Gerichte bei der Gewährung einer zweiten Bewährung für dieselbe Haftstrafe anwenden sollten.

FOLTER ■ In **Russland** ist ein neues Gesetz in Kraft getreten, das die Definition von Folter im russischen Strafrecht neu festlegt.

VERLEGUNG ■ Ein **bulgarisches** Gericht entschied, dass die Entscheidung der Gefängnisverwaltung, einen Gefangenen u. a. wegen seines Verhaltens in ein anderes Gefängnis zu verlegen, willkürlich und rechtswidrig war. Der **polnische** Oberste Gerichtshof entschied, dass ein verurteilter polnischer Staatsangehöriger mit doppelter Staatsbürgerschaft zur Verbüßung einer Haftstrafe in einen anderen Staat überstellt werden kann.

ARBEIT ■ Ein **österreichisches** Gericht entschied, dass ein Gefangener, der aufgrund einer Disziplinarstrafe arbeitsunfähig ist, keine Entschädigung erhalten kann. In **Frankreich** werden Gefangene, die im Gefängnis arbeiten, jetzt mit einem "Gefängnisarbeitsvertrag" angestellt. In **Bulgarien** entschied das Oberste Verwaltungsgericht, dass die Entscheidung eines Gefängnisdirektors, einen Gefangenen von der Arbeit zu suspendieren, einer gerichtlichen Überprüfung unterliegen sollte.

LESEN SIE DIE VOLLSTÄNDIGE AUSGABE AUF UNSERER WEBSITE >>

Ein besonderes Dankeschön an unsere Mitglieder und assoziierten Partner für die
gemeinsame Erstellung dieses Newsletters!

**EUROPEAN
PRISON
LITIGATION
NETWORK**

www.prisonlitigation.org

21ter rue Voltaire

75011 Paris

Frankreich

contact@prisonlitigation.org

Dieser Newsletter wird von der Europäischen Union, UNAIDS und dem Robert Carr Fund finanziert. Die darin geäußerten Ansichten und Meinungen sind jedoch ausschließlich die der Autoren und spiegeln nicht notwendigerweise die der Europäischen Union, der Europäischen Kommission, von UNAIDS oder des Robert Carr Fund wider. Weder die Europäische Union, die Europäische Kommission, UNAIDS noch der Robert Carr Fund können für diese verantwortlich gemacht werden.

**ROBERT
CARR
FUND** For civil
society
networks

